

Sächsische Zeitung

Sandzeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218

Nr. 217 a

Bezugspreis: monatlich 2 2/3 RM., einschließlich Zustellungsgebühr. — Bezahlung nehmen heimlich, Postämtern, Sparbüchern und neuer Hausbesitzer entgegen. — Über den Inhalt entscheidet das Verlagsamt in Halle.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeitung 24 mal wöchentlich 15 Pfennig, 12 mal wöchentlich 10 Pfennig, 6 mal wöchentlich 7 Pfennig, 3 mal wöchentlich 5 Pfennig, 1 mal wöchentlich 3 Pfennig. — Für Plakatanzeigen überlassen wir keine Garantie.

Verlagsamt: Halle-Saale. — **Verlag:** Dr. Otto Heide, Halle-Saale. — **Druck:** Dr. Otto Heide, Halle-Saale.

Mittwoch, 16. September 1925

Die Gefahren einer Paft-Konferenz

Mussolini nimmt nicht teil

Eine Folgerung

Berlin, 15. September.

Von unserer Berliner Schriftleitung.
In gut antizipierten Berliner politischen Kreisen nimmt man die Möglichkeit einer Paft-Konferenz nicht teilnehmend. Italien wird wohl nur durch einen Besuchsbesuch oder vielleicht durch einen Sonderausflug vertreten sein, nicht aber durch den Ministerpräsidenten. Damit wäre eigentlich jeder Grund fortgefallen, auch Polen und die Tschechoslowakei zur Konferenz einzuladen, da der Plan hierzu erst aufsteht, als man annimmt, daß Italien an der Konferenz teilnehmen würde. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Entzifferung des Fehlers einer bestimmten Zeit- und Ortsspanne für die Konferenz auf die Schwierigkeiten unter den alliierten Mächten zurückzuführen ist, die aus dieser Lage der Dinge entstehen sind. Die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum kann naturgemäß erst dann erfolgen, nachdem sich das Kabinett mit der materiellen Seite des Besuchs befaßt hat, und zwar wird dies in der zum Montag einberufenen Ministerkonferenz geschehen. Wie wir hören, wird sich auch der Auswärtige Ausschuss mit der Konferenzfrage befassen.

Ein gefährliches Spiel mit deutschen Interessen

Berlin, 15. September.

Von unserer Berliner Schriftleitung.
Gute, vornehmlich das belandete der französische Botschafter, der Reichsminister, Stresemann das angelegentlichste Memorandum überreichte, das die Einladung zur Ministerkonferenz enthält. Das Schriftstück, das nur sehr kurz ist und wie üblich keine Innerlichkeit zeigt, enthält lediglich die Feststellung, daß nach der Auffassung der alliierten Regierungen, entsprechend ihrer früheren Anregung es nunmehr wünschenswert erscheint, eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt. Was den Zeitpunkt anbelangt, so ist nach Ansicht der alliierten Regierungen Ende September oder Anfang Oktober der geeignete Termin zum Zusammentritt der Konferenz. Jedoch sind in maßgebenden Berliner Kreisen angenommen, daß die Konferenz am 5. Oktober zusammenzutreten wird. Die offizielle Antwort der deutschen Regierung wird kaum vor Ende der nächsten Woche erfolgen können. Am Montag tritt der Kabinettsrat zusammen. Nachdem innerhalb der Regierung eine definitive Stellungnahme erfolgt ist, unmittelbar darauf eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Alliierten einberufen werden und im Anschluß wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammenzutreten. Die Entwidlung der Sicherheitsverhandlungen im alliierten Lager innerhalb der letzten Tage dürfte für die deutsche Öffentlichkeit wenig sein, der kommenden Verhandlungen nur mit allergrößtem Ernst entgegenzusehen. Das außerordentlich gefährliche Spiel, das der politische und der tschechische Außenminister in Genf und Paris hinter den Kulissen gespielt haben, muß als eine sehr ernst zu nehmende Komplikation und Verschärfung der Lage angesehen werden. Die Vermutung, daß England in der Frage der Zulassung der Minister Polen und der Tschechoslowakei zu den kommenden Verhandlungen, wenn auch nicht ungenau, so doch scheinbar nachzugeben bereit ist, scheint sich zu bestätigen. Es wird wohl nicht der Fall sein, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die Verhandlungen in Genf, die im letzten Augenblick der französischen Verantwortlichkeit und dem außerordentlichen Gehalt der französischen Diplomatie das Feld räumt und keine bisherige Haltung gewissen Möglichkeiten im Sinne der französischen Wünsche unterwirft. Der alliierte offizielle, wie tschechische Botschafter, der alliierten Konferenz für den Fall, daß die Verhandlungen in Genf, die im letzten Augenblick der französischen Verantwortlichkeit und dem außerordentlichen Gehalt der französischen Diplomatie das Feld räumt und keine bisherige Haltung gewissen Möglichkeiten im Sinne der französischen Wünsche unterwirft.

tion der öffentlichen Grenzen, deren Unmöglichkeit und allen bedingten vitalen Interessen der Völkerung nur allzu deutlich geworden ist. In Paris scheint man die Absicht zu haben, die gemeinsame Behandlung der Ost- und Westfragen in Form von zwei gleichzeitigen Konferenzen zu lösen. Der „Matin“ erklärt sogar, daß endgültig beschlossen worden sei, gleichzeitig zwei Konferenzen einzuberufen, die sich mit der Ausarbeitung des Rheinpaktes und mit der Befestigung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei beschäftigen sollen. Der „Matin“ spricht der Gewohnheit der alliierten Presse in den letzten Jahren entsprechend, von endgültig getroffenen Beschlüssen, deren Endgültigkeit jedoch nur durch die Zustimmung Deutschlands herbeigeführt werden kann. Das entscheidende Wort hat jetzt Deutschland allein, von dessen freiem Willen es abhängen wird, ob es sich für die nächste Zukunft sowohl im Westen als auch im Osten einer definitiven Regelung durch die Alliierten unterwirft, die ohne das geringste Äquivalent den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustand der Zerstückelung Mitteleuropas zu einem endgültigen machen würde. Es muß mit aller Schärfe betont werden, daß die tschechische Spracherhebung in der Tschechoslowakei, die sich während der letzten Jahre betriebl. Kollaboration zwischen Berlin und Paris hat noch einmal ganz klar Ansicht gegen Ansicht gestellt. Alles, was inwieweit geschehen ist, hat nicht dazu beigetragen, eine gemeinsame Basis für diese verschiedenen Ansichten zu finden. Jeder das Ergebnis der Londoner Juristenbesprechung ist gescheitertes Dunkel geblieben und alles, was in Genf zwischen den alliierten Ministern besprochen worden ist, scheint eher noch weiter von Deutschlands Ansicht entfernt zu haben. Man ist deshalb in Berliner politischen Kreisen jetzt, da die Einladung tatsächlich da ist, durchaus nicht so optimistisch.

Der Inhalt des Memorandums
Berlin, 15. September.
Wie wir aus zufälliger Stelle erfahren, handelt es sich bei der heute mittig überreichten Einladung zur Ministerkonferenz weder um eine Note, noch um einen persönlichen Brief des französischen Außenministers, vielmehr ist die Einladung in die Form eines Memorandums abgefaßt worden, das, wie üblich, keine Unterschriften trägt. Das Memorandum ist nur sehr kurz. Es wird darin lediglich festgesetzt, daß es nach der Absfassung der alliierten Regierungen entsprechend ihrer früheren Anregungen nunmehr wünschenswert erscheint, eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt. Natürlich erst erfolgen könne, nachdem der Kabinettsrat, der bekanntlich am den 21. September angesetzt ist, sich mit der tschechischen Frage beschäftigt hat. In politischen Kreisen wird die Tatsache vermerkt, daß die Einladung allgemein von einer Ministerkonferenz spricht, so daß also nicht eine Beschränkung der Konferenz ausdrücklich für Außenminister gegeben ist.

Der Inhalt des Memorandums

Auch der englische Geschäftsträger bei Stresemann
Berlin, 15. September.
Wie wir von zufälliger Stelle erfahren, ist nach dem Besuch des französischen Botschafters auch der englische Geschäftsträger Adolphe von Reichsminister empfangen worden. Es ist anzunehmen, daß er ebenfalls die Einladung der alliierten Regierungen zur Ministerkonferenz überbracht hat.

Das Schicksal elässischer Deserteur

Auslieferung durch die Reichsregierung

Berlin, 15. September.
Wiederholt ist in der deutschen Presse darüber Klage geführt worden, daß Deutschland französische Deserteur an die französischen Militärbehörden ausliefert. Auch jetzt sollen nach einer Pariser Meldung, 80 französische Soldaten, die ihre Truppenlinie im Rheinland verlassen haben, in unbestimmten Gebiet aufgespürt und über 80 Meilen weiter transportiert worden sein. Es soll sich im ganzen um 80 Deserteur gehandelt haben, von denen bereits 12 zu fünfjährigen Deportation verurteilt wurden. Wie das „Deutsche Tageblatt“ hierzu erfahren haben will, handelt es sich in der Hauptsache um Elässier. Da Frankreich in den letzten Wochen ausschließlich elässische Soldaten in das marokkanische Hinterland geführt hat und so beinahe unter elässischen Hebung eine sehr große Anzahl bereit, macht, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß elässische Soldaten in größerer Zahl ihre Truppenverpflichtung verlassen, um dem Tode in Marokko zu entgehen. Leider ist Deutschland aus Grund des Friedensvertrages verpflichtet, Deserteur der französischen Armee, die den Rhein überschreiten, aufzufangen und zurückzuführen. Da es sich aber hier um Deutsche handelt, hätten sich doch überflüssig Mittel und Wege finden lassen, um zu vermeiden, daß die elässischen Soldaten wieder in die Gewalt der französischen Militärbehörden geraten und zu langjährigen Zuchthaus- und Deportationsstrafen verurteilt werden.

Der Besuch des französischen Kultusministers in Berlin

Berlin, 15. September.
Der französische Kultusminister Dr. Wangie hat heute dem deutschen Kultusminister Dr. Wedder einen Besuch abgestattet. Am Nachmittag 12 Uhr fand ein Frühstück, an dem außer den beiden Ministern Vertreter der Wissenschaft, sowie andere unpolitische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen, statt. Wie die Abendblätter melden, nahmen an dem Frühstück für den französischen Kultusminister Dr. Wangie auch der preussische Ministerpräsident Braun und Staatssekretär des Reichens von Schuberz teil.

Der heutige Pariser Kabinettsrat

Paris, 15. September.
Wie amtlich gemeldet wird, hat heute morgen ein wichtiger Kabinettsrat stattgefunden. Ministerpräsident Rainleuv beehrte über die Lage in Marokko und Syrien, wo sich die Verhältnisse gewissermaßen, Außenminister Briand beehrte über die Ergebnisse von Genf und den Stand der Sicherheitsverhandlungen. Finanzminister Caillaux legte den Standpunkt dar, den die französische Delegation in Washington zur Regelung der Schuldenfrage einnehmen wird.

Der Inhalt des Memorandums

Wie wir aus zufälliger Stelle erfahren, handelt es sich bei der heute mittig überreichten Einladung zur Ministerkonferenz weder um eine Note, noch um einen persönlichen Brief des französischen Außenministers, vielmehr ist die Einladung in die Form eines Memorandums abgefaßt worden, das, wie üblich, keine Unterschriften trägt. Das Memorandum ist nur sehr kurz. Es wird darin lediglich festgesetzt, daß es nach der Absfassung der alliierten Regierungen entsprechend ihrer früheren Anregungen nunmehr wünschenswert erscheint, eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt. Natürlich erst erfolgen könne, nachdem der Kabinettsrat, der bekanntlich am den 21. September angesetzt ist, sich mit der tschechischen Frage beschäftigt hat. In politischen Kreisen wird die Tatsache vermerkt, daß die Einladung allgemein von einer Ministerkonferenz spricht, so daß also nicht eine Beschränkung der Konferenz ausdrücklich für Außenminister gegeben ist.

Auch der englische Geschäftsträger bei Stresemann

Berlin, 15. September.
Wie wir von zufälliger Stelle erfahren, ist nach dem Besuch des französischen Botschafters auch der englische Geschäftsträger Adolphe von Reichsminister empfangen worden. Es ist anzunehmen, daß er ebenfalls die Einladung der alliierten Regierungen zur Ministerkonferenz überbracht hat.

Das Schicksal elässischer Deserteur

Auslieferung durch die Reichsregierung
Berlin, 15. September.
Wiederholt ist in der deutschen Presse darüber Klage geführt worden, daß Deutschland französische Deserteur an die französischen Militärbehörden ausliefert. Auch jetzt sollen nach einer Pariser Meldung, 80 französische Soldaten, die ihre Truppenlinie im Rheinland verlassen haben, in unbestimmten Gebiet aufgespürt und über 80 Meilen weiter transportiert worden sein. Es soll sich im ganzen um 80 Deserteur gehandelt haben, von denen bereits 12 zu fünfjährigen Deportation verurteilt wurden. Wie das „Deutsche Tageblatt“ hierzu erfahren haben will, handelt es sich in der Hauptsache um Elässier. Da Frankreich in den letzten Wochen ausschließlich elässische Soldaten in das marokkanische Hinterland geführt hat und so beinahe unter elässischen Hebung eine sehr große Anzahl bereit, macht, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß elässische Soldaten in größerer Zahl ihre Truppenverpflichtung verlassen, um dem Tode in Marokko zu entgehen. Leider ist Deutschland aus Grund des Friedensvertrages verpflichtet, Deserteur der französischen Armee, die den Rhein überschreiten, aufzufangen und zurückzuführen. Da es sich aber hier um Deutsche handelt, hätten sich doch überflüssig Mittel und Wege finden lassen, um zu vermeiden, daß die elässischen Soldaten wieder in die Gewalt der französischen Militärbehörden geraten und zu langjährigen Zuchthaus- und Deportationsstrafen verurteilt werden.

Der Besuch des französischen Kultusministers in Berlin

Berlin, 15. September.
Der französische Kultusminister Dr. Wangie hat heute dem deutschen Kultusminister Dr. Wedder einen Besuch abgestattet. Am Nachmittag 12 Uhr fand ein Frühstück, an dem außer den beiden Ministern Vertreter der Wissenschaft, sowie andere unpolitische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen, statt. Wie die Abendblätter melden, nahmen an dem Frühstück für den französischen Kultusminister Dr. Wangie auch der preussische Ministerpräsident Braun und Staatssekretär des Reichens von Schuberz teil.

Der heutige Pariser Kabinettsrat

Paris, 15. September.
Wie amtlich gemeldet wird, hat heute morgen ein wichtiger Kabinettsrat stattgefunden. Ministerpräsident Rainleuv beehrte über die Lage in Marokko und Syrien, wo sich die Verhältnisse gewissermaßen, Außenminister Briand beehrte über die Ergebnisse von Genf und den Stand der Sicherheitsverhandlungen. Finanzminister Caillaux legte den Standpunkt dar, den die französische Delegation in Washington zur Regelung der Schuldenfrage einnehmen wird.

Eine zurückgewiesene rumänische Forderung

Berlin, 15. September.
Das gemischte deutsch-rumänische Schiedsgericht hat dieser Tage eine sehr bedeutsame Entscheidung gefällt. Das Schiedsgericht hatte sich mit der Forderung der rumänischen Regierung aus dem Jahre 1924 zu befassen, nämlich die Rückgabe der im Jahre 1924 von deutschen und rumänischen Geschäftleuten geschlossenen, aber noch nicht erfüllten Verträge als gültig zu erklären. Das Schiedsgericht hat jetzt in einem besonderen Falle mit einer eingehenden Begründung entschieden, daß die Forderung der rumänischen Regierung als berechtigt zu gelten habe und infolgedessen alle als dergleichen Verträge als nichtig zu erklären seien. Diese Entscheidung schafft endlich eine wünschenswerte Klarung, denn die Rumänen wollten bisher nur solche Verträge als nichtig ansehen, durch die rumänische Staatsangehörige benachteiligt worden konnten.

Tod eines englischen Diplomaten

London, 14. September.
Seute nachmittag ist in London der frühere britische Botschafter in Peking, Sir John Jordan, plötzlich gestorben.

183.
M.
g!
d
m
ne
!s
d
chen
ilver
TSTÄT
OTEL
EE
Kapelle
antag
nd.
URG
AUTOBAN
richt
er und Kan
er Akademie
ber und d
121 von 3
o's Na
anzschre
erne Tin
behad
Klassiker
ngeland
erdaloo
revalant

